

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	19
1. Teil: Der Konzern im Sinne des Betriebsverfassungsrechts	21
<i>1. Abschnitt: Die Konzernvorschriften des AktG als Grundlage des betriebsverfassungsrechtlichen Konzernbegriffs</i>	21
§ 1 Definitorische Verweisung des § 54 Abs. 1 BetrVG auf § 18 Abs. 1 AktG	21
I. Beschränkung auf den Unterordnungskonzern als Konsequenz der definitorischen Verweisung	22
II. Interpretationsspielraum im Hinblick auf den Konzernbegriff	22
1. Der funktionsbestimmte Rechtsbegriff des Konzerns als dogmatische Grundlage der Interpretation	23
2. Bestimmung des Funktionszwecks des Konzerns im Betriebsverfassungsrecht	23
§ 2 Die Merkmale des Konzerns im Sinne des § 54 BetrVG	24
I. Die Systematik des „Allgemeinen Teils“ des Konzerngesellschaftsrechts	25
II. Der aktienrechtliche Unterordnungskonzerntatbestand	26
1. Rechtliche Selbstständigkeit des abhängigen Unternehmens	26
2. Die Abhängigkeit nach § 17 AktG	26
a) Gesellschaftsrechtliche Voraussetzungen der Abhängigkeit im Hinblick auf Ausgestaltung und Umfang	26
aa) Erfordernis einer gesellschaftsrechtlich vermittelten Abhängigkeit?	28
aaa) Der ursprünglich im Gesellschaftsrecht vorherrschende weite Abhängigkeitsbegriff	28
bbb) Umschwung zum engen Abhängigkeitsbegriff	29
ccc) Der Abhängigkeitsbegriff im Betriebsverfassungsrecht	30
bb) Erforderlicher Umfang der Abhängigkeit	31
cc) Erforderliche Dauer der Abhängigkeit	32
b) Gesellschaftsrechtliche Begründung der Abhängigkeit	33
aa) Unternehmensvertragliche Abhängigkeit	33
aaa) Der Beherrschungsvertrag nach § 291 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 AktG	34

bbb) Andere Unternehmensverträge	34
bb) Beteiligung	35
aaa) Mehrheitsbeteiligung	35
bbb) Minderheitsbeteiligung	36
cc) Eingliederung	38
dd) Einfluss durch Satzungsregelungen	39
c) Sonderformen der Abhängigkeit	41
aa) Mittelbare Abhängigkeit	41
bb) Mehrfache Konzernzugehörigkeit - Gemeinschaftsunternehmen	41
aaa) Grundsätzliche Anwendbarkeit der Konzernvorschriften auf Gemeinschaftsunternehmen	42
bbb) Voraussetzungen der Abhängigkeit von Gemeinschaftsunternehmen im Einzelnen	43
aaaa) Mittel zur Koordinierung gemeinsamer Herrschaftsausübung	44
bbbb) Koordinierte Herrschaftsausübung bei paritätischer Beteiligung aufgrund faktischen Einigungzwanges?	45
cccc) Koordinierte Herrschaftsausübung aufgrund gleichgerichteter Unternehmensinteressen?	46
ccc) Das Herrschaftssubjekt im Mehrmütterkonzern	47
aaaa) Konsortial-GbR als Herrschaftssubjekt?	48
bbbb) Beurteilung aus betriebsverfassungsrechtlicher Sicht	49
ddd) Zusammenfassung	50
cc) Abhängigkeit aufgrund kombinierter Beherrschungsmittel?	50
d) Die Abhängigkeitsvermutung bei Mehrheitsbeteiligung nach § 17 Abs. 2 AktG	53
aa) Die Anwendbarkeit der Abhängigkeitsvermutung bei anderen Gesellschaftsformen als der AG	53
bb) Die Widerlegung der Abhängigkeitsvermutung	54
aaa) Mittel zur Widerlegung der Abhängigkeitsvermutung im Einzelnen	57
aaaa) Ausschluss der Beherrschungsmöglichkeit durch Satzungsregelung	57
bbbb) Stimmbindungsverträge	57
cccc) Beherrschungsvertrag mit einem Dritten	57
dd) Entherrschungsverträge	58

bbb) Die Widerlegung bei anderen Rechtsformen als der AG	59
aaaa) Personengesellschaften	59
bbbb) Gesellschaft mit beschränkter Haftung	59
cccc) Kommanditgesellschaft	61
3. Die Konzernvermutung des § 18 Abs. 1 S. 3 AktG und ihr Verhältnis zur einheitlichen Leitung aus betriebsverfassungsrechtlicher Sicht	62
a) Anwendbarkeit der Konzernvermutung auf dem Gebiet des Betriebsverfassungsrechts	62
b) Einheitliche Leitung als Negativmerkmal zur Widerlegung der Konzernvermutung	62
aa) Die Tatbestandsmerkmale einheitlicher Leitung	63
aaa) Meinungsstand im Gesellschaftsrecht zum erforderlichen Grad der Einflussnahme	63
aaaa) Der enge Konzernbegriff	63
bbbb) Der weite Konzernbegriff	64
bbb) Beurteilung aus betriebsverfassungsrechtlicher Sicht	65
ccc) Einheitliche Leitung i.S.d. Betriebsverfassungsrechts als einheitliche Leitung in mitbestimmungsrechtlich relevanten Bereichen	65
aaaa) Die Widerlegung der Konzernvermutung des § 18 Abs. 1 S. 3 AktG unter Anwendung des betriebsverfassungsrechtlichen Konzernbegriffs	67
bbbb) Abgrenzung zur Widerlegung der Abhängigkeitsvermutung	67
bb) Unwiderlegbare Vermutung einheitlicher Leitung bei Vertragskonzernen nach § 18 Abs. 1 S. 2 AktG	68
III. Rechtsformneutralität des konzernrechtlichen Unternehmensbegriffs	68
1. Andere Kapital- und Personengesellschaften als Unternehmen im konzernrechtlichen Sinn	68
2. Natürliche Personen als Unternehmen im konzernrechtlichen Sinn	69
a) Unternehmerische Tätigkeit	69
b) Beteiligung	70
3. Die öffentliche Hand als Unternehmen im konzernrechtlichen Sinn	71

2. Abschnitt: Abweichungen des betriebsverfassungsrechtlichen Konzernbegriffs von dem des Aktienrechts	72
§ 1 Der betriebsverfassungsrechtliche Konzernarbeitgeber und sein Verhältnis zum Konzern im gesellschaftsrechtlichen Sinn	72
I. Die Rechtspersönlichkeit des Konzerns	72
1. Gesellschaftsrechtliche Betrachtung	72
2. Individualarbeitsrechtliche Betrachtung	73
3. Der einheitliche Konzernarbeitgeber des BetrVG	73
a) 1. Auffassung: Vorrang des Gesellschaftsrechts	74
b) 2. Auffassung: Modifikation der gesellschaftsrechtlichen Strukturen	74
c) 3. Auffassung: Vorrang des Betriebsverfassungsrechts	75
d) Eigener Standpunkt	75
aa) Zusammenfassung	78
bb) Prüfung des Ergebnisses im Hinblick auf die Einheitlichkeit der Rechtsordnung	79
§ 2 Der Konzern im Konzern im Betriebsverfassungsrecht	80
I. Beurteilung aus gesellschaftsrechtlicher Sicht	81
II. Beurteilung aus betriebsverfassungsrechtlicher Sicht	82
1. Der Anwendungsfall für den Konzern im Konzern im Betriebsverfassungsrecht	82
2. Teilweise Ablehnung auch im Betriebsverfassungsrecht	83
3. Eigener Standpunkt	84
3. Abschnitt: Zusammenfassung Teil I	88
2. Teil: Errichtung und Bestand des Konzernbetriebsrats	91
1. Abschnitt: Das Errichtungsverfahren	91
§ 1 Die Terminologie des § 54 BetrVG	91
§ 2 Beschlussvoraussetzungen	92
I. Der Bestand von mindestens zwei Gesamtbetriebsräten als Errichtungsvoraussetzung?	92
1. Ausgangspunkt: Die früher h.M. und neu aufgeworfene Diskussion	92
2. Zu Recht Abkehr von der früher h.M.?	93
a) Wortlautauslegung	93
aa) Vergleich mit § 47 Abs. 1 BetrVG	94
bb) Vergleich mit § 73 a BetrVG	94
b) Auslegung im Hinblick auf die ratio legis der Norm	96

II. Gesamtbetriebsrat im herrschenden Unternehmen keine Voraussetzung für die Errichtung eines Konzernbetriebsrats	99
§ 3 Die Beschlüsse der Gesamtbetriebsräte	99
I. Initiativrecht der Gesamtbetriebsräte	99
II. Das Beschlussverfahren	100
III. Das erforderliche Quorum und seine Berechnung	101
2. Abschnitt: Folgen einer rechtsfehlerhaften Errichtung	102
§ 1 Grundsatz der Anfechtbarkeit	102
§ 2 Nichtigkeit in Ausnahmefällen	102
I. Probleme im Hinblick auf die Rechtssicherheit durch ex-tunc-Wirkung der Nichtigkeit	102
II. Differenzierung zwischen einfacher und offensichtlicher Verkennung der Errichtungsvoraussetzungen als Lösungsansatz	103
3. Abschnitt: Bestand und Beendigung des Konzernbetriebsrats	104
§ 1 Auflösung des Konzernbetriebsrats	104
I. Keine Selbstauflösung durch Beschluss des Konzernbetriebsrats	104
II. Möglichkeit der faktischen Selbstauflösung durch kollektive Amtsniederlegung?	105
1. Rechtliche Bewertung der kollektiven Amtsniederlegung	105
2. Eigener Standpunkt	105
§ 2 Auswirkungen von Veränderungen der Konzernzusammensetzung auf den Konzernbetriebsrat	107
4. Abschnitt: Einrichtung eines Konzernbetriebsrat bei Gemeinschaftsunternehmen und Konzernen mit Auslandsbezug	108
§ 1 Gemeinschaftsunternehmen	108
§ 2 Konzernverbindungen mit Auslandsbezug	109
I. Grundlagen: Die Anwendung des Betriebsverfassungsrechts auf inländische und ausländische Konzernteile nach dem Territorialitätsprinzip	109
II. Die Einrichtung von Mitbestimmungsorganen auf den unterschiedlichen Konzernstufen	109
1. Die Einrichtung von Betriebsräten	110
2. Die Einrichtung von Gesamtbetriebsräten	110
a) Ausländisches Unternehmen mit Betrieben im Inland	110
b) Inländisches Unternehmen mit Betrieben im Ausland	111

3. Die Einrichtung von Konzernbetriebsräten	111
a) Inländischer Konzern mit abhängigen Unternehmen im Ausland	112
aa) Gründung eines Konzernbetriebsrats durch die inländischen Unternehmen	112
bb) Keine Beteiligung der ausländischen Unternehmen an der Errichtung des Konzernbetriebsrats	112
b) Ausländischer Konzern mit inländischen Unternehmen	113
aa) Konzern mit inländischer Teilkonzernspitze	113
aaa) Errichtung eines Konzernbetriebsrats für die inländische Teilkonzernspitze nach den Grundsätzen des Konzerns im Konzern	113
bbb) Kein Konzernbetriebsrat bei Ablehnung des Konzerns im Konzern	114
bb) Konzern ohne inländische Teilkonzernspitze	114
aaa) Die Entscheidung des BAG vom 14. 2. 2007	115
aaaa) Die Rezeption der Entscheidung im Schrifttum	116
bbbb) Eigene Bewertung der Entscheidung	116
cccc) Konsequenzen der Entscheidung für die Praxis	119
bbb) Konzernbetriebsrat auf freiwilliger Basis?	120
aaaa) Rechtliche Beurteilung	120
bbbb) Unwirksamkeit ex nunc als Lösungsansatz	122
III. Die Vorschriften über die betriebliche Mitbestimmung als Einschränkung der Niederlassungsfreiheit?	123
1. Allgemeines Beschränkungsverbot	123
2. Erschwerung des Marktzugangs	123
3. Rechtfertigung der Maßnahme	124
4. Subsumtion	124
IV. Auswirkungen von Umstrukturierungen in internationalen Konzernen auf die betriebliche Konzernmitbestimmung	126
1. Wegfall der Errichtungsvoraussetzungen	126
2. Auswirkungen des Ausscheidens eines Unternehmens aus dem inländischen Teilkonzern auf die Geltung von Konzernbetriebsvereinbarungen	127
a) Vergleich mit der Situation bei Gesamt- und Einzelbetriebsräten	127
aa) Die Normative (Fort-) Wirkung von Betriebsvereinbarungen	127
bb) Konsequenzen für die Betriebsvereinbarung	129
cc) Konsequenzen für die Gesamtbetriebsvereinbarung	129

dd) Konsequenzen für die Konzernbetriebsvereinbarung	131
5. Abschnitt: Zusammenfassung Teil 2	132
3. Teil: Die Zuständigkeit des Konzernbetriebsrats	135
<i>1. Abschnitt: Die Eingrenzung der Konzernbetriebsratszuständigkeit</i>	135
§ 1 Das Spannungsverhältnis von Betriebs- und Tarifautonomie	136
I. Die unterschiedlichen Legitimationsgrundlagen von Tarif- und Betriebsautonomie	136
II. Grundsätzlicher Tarifvorrang	137
1. § 4 Abs. 3 TVG	138
2. § 77 Abs. 3 BetrVG	139
3. Kritik am Tarifvorrang und Reformbestrebungen	139
§ 2 Abgrenzung der Konzernbetriebsratszuständigkeit zu den Gesamt- und Einzelbetriebsräte	142
I. Originäre Zuständigkeit des Konzernbetriebsrats	142
1. Angelegenheiten des Konzerns oder mehrerer Konzernunternehmen	143
2. Unmöglichkeit der Regelung durch die Gesamtbetriebsräte	144
a) Objektive Unmöglichkeit oder zwingendes Erfordernis?	144
b) Die Theorie von der subjektiven Unmöglichkeit	146
c) Einzelbetrachtung unterschiedlicher Mitbestimmungsgegenstände	146
aa) Soziale Angelegenheiten	147
bb) Personelle Angelegenheiten	147
cc) Wirtschaftliche Angelegenheiten	148
3. Auffangzuständigkeit der Gesamtbetriebsräte bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 58 Abs. 1 S. 1 BetrVG?	150
II. Zuständigkeit kraft Gesetzes	152
1. Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (MitbestG)	152
2. Gesetz über die Drittelpartizipation der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat (DrittelpG)	153
3. Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie (Montan-MitbestG)	153
4. Gesetz über Europäische Betriebsräte (EBRG)	153
III. Zuständigkeit kraft Delegation	153
1. Inhaltliche Anforderungen an den Delegationsgegenstand	154

2. Verfahren	154
3. Widerruf	154
4. Beweggründe	154
5. Delegation zur Umgehung von Problemen bei Zuständigkeitsabgrenzungen?	155
6. Delegation durch Einzelbetriebsräte?	155
7. Gegenstand und Rechtsnatur der Delegation	156
a) Möglichkeit nachträglicher Genehmigung?	157
b) Stellungnahme	157
8. Ansprechpartner des Konzernbetriebsrats im Rahmen der Delegation	160
a) Meinungsstand	160
b) Eigener Standpunkt	161
9. Möglichkeit zur Ablehnung der Beauftragung durch den Konzernbetriebsrat?	162
a) Meinungsstand	162
b) Eigener Standpunkt	163
10. Missbrauchsgrenze	166
a) Subsumtion der missbräuchlichen Delegation unter § 78 Abs. 1 BetrVG	166
b) Erfordernis eines subjektiven Tatbestandsmerkmals	167
2. Abschnitt: Die Befugnisse des zuständigen Konzernbetriebsrats	167
§ 1 Entsprechung zu den Befugnissen des Einzelbetriebsrats	167
§ 2 Konzernbetriebsvereinbarung als zentrale Handlungsform	168
§ 3 Konzernbetriebsrat als Repräsentant der gesamten Konzernbelegschaft	168
§ 4 Streitigkeiten	169
3. Abschnitt: Zusammenfassung Teil 3	169
4. Teil: Der Konzernbetriebsrat im Spartenkonzern	171
1. Abschnitt: Der Spartenbetriebsrat nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 BetrVG	171
§ 1 Die Verortung des Spartenbetriebsrats im Konzerngefüge	171
I. Spartenbetriebsrat im Einzelbetrieb?	172
II. Spartenbetriebsrat im Konzern	172
§ 2 Errichtungsvoraussetzungen des Spartenbetriebsrats	173
I. Spartenorganisation	173
1. Unklarheiten des Spartenbegriffs des BetrVG	173
2. Bewertung	174

II. Entscheidungen der Spartenleitung in beteiligungspflichtigen Angelegenheiten	176
III. Dienlichkeit für die sachgerechte Aufgabenwahrnehmung des Betriebsrats	177
2. Abschnitt: Das Verhältnis des Spartenbetriebsrats zu den gesetzlichen Vertretungsorganen im Konzern	177
§ 1 Das Verhältnis von Spartenbetriebsrat und Betriebsrat	178
I. Restzuständigkeit des gesetzlichen Betriebsrats in personeller Hinsicht	178
II. Restzuständigkeit des gesetzlichen Betriebsrats in inhaltlicher Hinsicht	179
1. Problemaufriss	179
2. Fortbestand des gesetzlichen Betriebsrats als teilweise vorgeschlagener Lösungsansatz der Literatur	180
3. Stellungnahme	180
4. Eigener Lösungsansatz	181
§ 2 Das Verhältnis von Spartenbetriebsrat und Gesamtbetriebsrat	184
I. Errichtung des Gesamtbetriebsrats durch die Spartenbetriebsräte	184
II. Zuständigkeit des Gesamtbetriebsrats im Spartenkonzern	185
§ 3 Das Verhältnis von Spartenbetriebsrat und Konzernbetriebsrat	186
I. Keine Verdrängung durch die Spartenbetriebsräte	186
II. Zuständigkeit des Konzernbetriebsrats im Spartenkonzern	186
3. Abschnitt: Bildung von Spartengesamt- und Spartenkonzernbetriebsräten?	188
§ 1 Begriffsbestimmung	188
§ 2 Keine Errichtung von Spartengesamtbetriebsräten durch Tarifvertrag	189
§ 3 Die von der Gesetzesbegründung genannten unternehmensübergreifenden Spartenbetriebsräte und Sparten-Gesamtbetriebsräte	190
I. Unternehmensübergreifende Spartenbetriebsräte	190
II. Anwendungsfall eines Spartengesamtbetriebsrats?	190
4. Abschnitt: Zusammenfassung Teil 4	193
Literaturverzeichnis	195